

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Russische Desinformationskampagnen im Wahljahr 2024

Eine neue Analyse des Auswärtigen Amts hat aufgezeigt, in welcher systematischer Weise auf der Plattform X (ehemals Twitter) derzeit falsche oder irreführende Informationen zum politischen Geschehen in Deutschland verbreitet werden. Durch automatisierte Kampagnen und Fake-Accounts werden dabei gefälschte Meldungen, Zitate und Bilder verbreitet. Dabei wird auch vor Markenmissbrauch nicht Halt gemacht, um gefälschte Inhalte mit einem vermeintlich authentischen Layout zu versehen. Einzelne Personen und politische Organisationen sind daher ebenso betroffen wie staatliche Institutionen oder private Unternehmen. Als Urheber dieser laufenden Desinformationskampagnen wird die russische Regierung genannt.

Wenngleich diese Problematik alles andere als neu ist, so zeigt die Datenanalyse des Auswärtigen Amts das aktuelle Ausmaß auf. Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmend emotionalisierten und polarisierten öffentlichen Debatte geben diese Befunde Anlass zur Sorge. Gezielte Desinformation kann Ängste schüren sowie Vorurteile und Unsicherheiten in Teilen der Bevölkerungen verstärken. Im laufenden Jahr stehen mit der Europawahl und diversen Kommunalwahlen im Frühsommer sowie mehreren Landtagswahlen im Herbst politische Ereignisse von bundesweiter Relevanz an. Mit Blick auf die Europawahl gilt es daher, auch die Menschen in Bremen und Bremerhaven weiter zu sensibilisieren.

Wir fragen den Senat:

1. Welche genaue Definition von „Desinformation“ liegt der Analyse des Auswärtigen Amts zugrunde und teilt der Senat diese Definition?
2. Welche Informationen hat der Senat darüber, inwiefern Personen, Institutionen und Organisationen aus dem Land Bremen in den Analysen des Auswärtigen Amts betrachtet wurden?
3. Welche Informationen hat der Senat darüber, inwiefern Personen, Institutionen und Organisationen aus dem Land Bremen in der Vergangenheit Opfer von gezielter Desinformation wurden?
4. Welche Informationen hat der Senat darüber, inwiefern Personen, Institutionen und Organisationen aus dem Land Bremen in der Vergangenheit nachgeahmt wurden (namentlich oder im Design), um dadurch gezielt Desinformationen zu verbreiten?
5. Worin bestehen aus Sicht des Senats die größten Herausforderungen in der Bekämpfung von Desinformationskampagnen?
6. Wie bewertet der Senat den Erfolg bisheriger Anstrengungen auf Bundes- und Europäebene, um gegen Desinformationskampagnen vorzugehen (z.B. die Umsetzung des EU-Aktionsplans gegen Desinformation oder die Einrichtung des European Digital Media Observatory)?

7. Welche Bedeutung im Kampf gegen Desinformation misst der Senat den neuen Bestimmungen des EU Digital Services Act zu?
8. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um
 - a. Personen, Institutionen und Organisationen aus dem Land Bremen vor solchen schädlichen Einflussnahmen zu schützen,
 - b. die Öffentlichkeit in Bremen und Bremerhaven für das Problem von Desinformationen zu sensibilisieren und
 - c. Bürger*innen noch stärker zur kritischen Überprüfung von Informationen und Quellen insbesondere in sozialen Netzwerken zu befähigen?

Beschlussempfehlung:

Dr. Emanuel Herold, Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen